



Pop-Up-Radwege
Straßenumbenennung

NEUER ZEITGEIST



TREND

Wer bekommt den Dienstwagen?

12. Februar: AfD



Liebe Leser ...

Das Wort hat: Beate Prömm, Stv. Bezirksvorsitzende

Das Bürgergeld ist, wie man so schön sagt, „umstritten“. Letztlich ist es ein politisches Geschenk an die SPD. Die Gebenden sind FDP und CDU, die von ihrer Zustimmung nichts zu erwarten haben. Abgesehen von den verbesserten Leistungen ist es vornehmlich das neue Etikett „Bürgergeld“, das die alte Bezeichnung Hartz IV ablöst und damit der Linkspartei und einigen Vertretern der Meinungsindustrie die Möglichkeit nimmt, die SPD deswegen zu diffamieren und anzugreifen. Im Übrigen zu Unrecht, wie ein europäischer Vergleich zeigt, denn in keinem anderen europäischen Land werden Hilfsbedürftige so großzügig alimentiert.

Der Abstand zwischen Geringverdienern und „Bürgergeldbezieher“ hat sich weiter verringert, die CDU hat in ihrer Kritik sogar behauptet, es gäbe diesen nicht mehr. Trotzdem hat die Union dann doch noch zugestimmt. Aber es ist gesellschaftlich notwendig, daß sich Arbeiten lohnen muß und nicht zu arbeiten weniger attraktiv ist. Darum kann nunmehr nur noch die deutliche Anhebung des Mindestloh-

nes die erforderlichen Lohnabstand wieder herstellen.

Der Mindestlohn sollte daher auf einen Stundensatz von 15 Euro angehoben werden. Der jetzt geltende Mindestlohn reicht nicht aus, um die Miete zu bezahlen und selbst auf niedrigem Niveau ein vernünftiges Dasein zu fristen. Dazu muß unbedingt künftig dafür gesorgt werden, daß die Mindestlohn-Regeln auch eingehalten werden. Mir werden immer wieder Beschwerden vorgetragen, daß dies beispielsweise in der Gastronomie oder im Hotelgewerbe nicht immer der Fall sein soll.

Lassen Sie es mich zum Schluß ganz deutlich sagen: Der vornehmlich von einem SPD-Kanzler geschaffene sogenannte Niedriglohnsektor ist eine Schande. Er gehört abgeschafft. Ludwig Ehrhard hat uns eine soziale Marktwirtschaft hinterlassen. Ein Raubtierkapitalismus darf in Deutschland keinen Platz haben.

Beate Prömm



Das Wort hat: Andreas Wild, Stv. Bezirksvorsitzender

Am 12. Februar 2023 findet wohl die Wiederholung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Statt Rot-Rot-Grün könnte es eine grün-schwarze Regierung geben. Nur ein besonders gutes Ergebnis für die AfD dürfte diese Gruselalternative verhindern. Darum alle drei Stimmen für die AfD.

Der AfD-Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf hat im November und Dezember 2022 drei Kundgebungen auf dem Hermann-Ehlers-Platz veranstaltet. Er betreibt ab Januar eine eigene Bezirksgeschäftsstelle im ehemaligen Abgeordneten Büro Dr. Berg im

Jungfernstieg 4b am Bahnhof Lichterfelde-Ost und gibt seit Januar 2023 das TREND-Magazin heraus, welches Sie gerade in Händen halten. Wenn Sie bei uns Mitglied werden wollen, rufen Sie uns an, schicken Sie uns eine E-Mail an Vorstand@afd-sz.de oder kommen Sie zu unseren Sprechzeiten in die Bezirksgeschäftsstelle im Jungfernstieg.

Der AfD-Bezirk nennt sich nicht zufällig Leuchtturmbezirk! Wir freuen uns auf Sie!

Andreas Wild



Inhalt

Seite 2 Editorial

Beate Prömm - Andreas Wild

Seite 3 Berliner Wahl

Verkehr: Fortschritte im U-Bahnbau?

Seite 4 Berliner Wahl

Zerstörung der Autobahn

Seite 5 Berliner Wahl

Straßenumbenennungen

Seite 6 Filmempfehlung

„Luther“ (2003)

Seite 7 Politik

F.-C. Hansel: Wer trägt den Staat?

Seite 8 Sport

Haltungsweltmeister



Pop-up-Fahrradwege statt U-Bahn Verlängerung

Berlin verfügt aktuell über 148,8 Kilometer U-Bahn. Das ist verglichen mit Hamburg (106,373 km) und München (103,1 km) viel. Aber Berlin muß sich an vergleichbaren Hauptstädten orientieren. London (402 km) oder Paris (225,1 km) sind uns weit voraus. Bis 2030 wird Paris sein Streckennetz verdoppeln. Die Berliner Landesregierung tönte viel über eine Verkehrswende und ließ vom Parlament sogar ein sogenanntes Mobilitätsgesetz verabschieden, das aber eher ein Mobilitätsverhinderungsgesetz ist. Die Straßenbahn soll ausgebaut werden. Aber nicht einmal das brachte Regine Günther als zuständige Senatorin von den Grünen zu Stande. Dieses „Verkehrsmittel“ des vorvorigen Jahrhunderts löst keine Verkehrsprobleme, sondern es soll offenbar vornehmlich zur Behinderung des Autoverkehrs dienen. Die Berliner Straßenbahn erreicht eine Geschwindigkeit von 19,0 km/h. Die Berliner U-Bahn kommt bei den Kleinprofilstrecken auf 27,38 km/h und bei den Großprofilstrecken auf 32,51 km/h. Ein U-Bahn Zug kann mehr Fahrgäste transportieren. Damit ist alles gesagt. Insbesondere die Grünen war in der Vergangenheit ein Feind fast jeglichen U-Bahn-Ausbaus. Im Frühjahr 2021 – vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus – warb die SPD mit dem Baubeginn der schon in den 20er Jahren geplanten Linie 10 der Berliner U-Bahn. Der örtliche Kommunistenhäuptling und Bezirksbürgermeister Sören Benn (Linke) sprach von „Unsinn“. Die Linie 10 soll die Verbindung vom Osten der Stadt in den Westen verbessern. Der Ortsteil Weißensee (im Nordosten) ist gar nicht an das U-Bahn-Netz angeschlossen, Steglitz-Zehlendorf im Südwesten ist gleichfalls unterversorgt. Zahlreiche Bauvorleistungen wurden für diese Linie erbracht. Berliner, die der SPD die Stimmen gegeben haben, hoffen darauf, dass die Linie 10 endlich „kommt“. Im Berliner Tagesspiegel wurden namentlich nicht genannte SPD-Verkehrspolitiker da-

mit zitiert: „U10 wird in den Koalitionsverhandlungen eine wichtige Rolle spielen“. Aber damit ist es nichts. Die neue Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey hat zwar den Bau von einigen U-Bahn-Kilometern angekündigt. Aber es handelt sich lediglich um die Verlängerung schon bestehender Strecken. Die Linien 7 (an beiden Enden), 3 (Zehlendorf nach Mexikoplatz), 9 und 8 sollen um einige Stationen verlängert werden. Mit sogenannten Machbarkeitsstudien kann man das in die Länge ziehen und darüber den Ablauf der Legislatur abwarten. Ein Startschuß für die Linie 10 würde eine Eigendynamik entwickeln. Selbst einige gebaute Kilometer würden weitere Verlängerungen zwangsläufig nach sich ziehen. Offenbar will Giffey genau das vermeiden. Nicht nur für Pankow ist der Baustart der Linie 10 von existenzieller verkehrspolitischer

bau der Linie 5 zum Reichstag wurde der Bahnhof „Rotes Rathaus“ mit Blick auf die Linie 10 als Umsteigebahnhof ausgeführt. Gleichzeitig soll die Linie 9 von Rathaus Steglitz bis nach Marienfelde, Waldsassenstraße, weitergeführt werden. Wenn man in Berlin den Verkehr wieder zum Rollen bringen will, müssen U-Bahnen gebaut werden, denn das Auto – der motorisierte Individualverkehr – kann es nicht allein bewältigen. Bis 2030 wird Paris sein ohnehin schon sehr weit-verzweigtes U-Bahn-Streckennetz verdoppeln. Berlin muß die Feigheit Franziska Giffey ausbaden. Sie hatte unausgesprochen vor den Wahlen versucht, den Eindruck zu erwecken, sie wolle mit CDU und FDP regieren – knickte aber vor den Linksextremisten in ihrer eigenen Partei ein und macht mit „Rot-Rot-Grün“ weiter. Ich bin bestimmt kein Fan von Klaus Wowereit.



Bedeutung. Nach den ursprünglichen Planungen der BVG soll die Linie 10 von Rathaus Steglitz kommend über Händelplatz, Klinikum Steglitz, Tietzenweg bis zur Drakestraßen führen. Am Alexanderplatz (Umsteigebahnhof der Linien 2, 5, und 8) ist bereits die Bahnhofsanlage für die Linie 10 ausgeführt worden. Das Gleiche kann für den künftigen Umsteigebahnhof Kleistpark (Linie 7) und Innsbrucker Platz (Linie 4) gesagt werden. Zwischen Walter-Schreiber-Platz und Rathaus Steglitz ist die U-Bahn bereits viergleisig ausgebaut. Am Regionalbahnhof Potsdamer Platz wurde für die Linie 10 ein 392 Meter langer Rohbautunnel ausgeführt. Beim Weiter-

Aber der verhielt sich damals cleverer und ersparte Berlin grüne Senatoren. Selbst die vergleichsweise wenig ambitionierte Verlängerung der U-Bahnlinie 3 – Krumme Lanke nach Mexicoplatz – mit einer realen Bauleistung von nur 800 m scheint für die grüne amtierende Verkehrssenatorin Bettina Jarasch eine zu anspruchsvolle Aufgabe zu sein, als daß man in den vergangenen 14 Monaten damit auch nur die ersten bürokratischen Vorleistungen hätte erbringen können. Im Aufmalen von Fahrrad- und Busspuren zeigt Frau Jarasch indessen, daß sie durchaus in der Lage ist, schnell zu handeln, wenn sie es nur will. Felix Wolf



In Berlin begann eine visionäre sozialdemokratische Stadt- und Landesregierung in den 50er-Jahren nicht nur mit einem großzügigen Ausbau der U-Bahn, sondern im Anschluß an die bereits bestehende „AVUS“ wurde mit dem Bau eines Innenstadtrings – heute A 100 – begonnen. 1958 wurde der Abschnitt Kurfürstendamm–Hohenzollerndamm eröffnet. Zunächst als Halbring gedacht, sollte nach einer möglichen Wiedervereinigung der Stadtring komplettiert werden. Bis 1981 konnte man als Kraftfahrer bereits vom Wedding (Seestraße) bis Tempelhof (Gradestraße) kreuzungsfrei gelangen. Mehrere Tangen-

ten sollten aus den Außenbereichen – ähnlich wie die AVUS im Südwesten der Stadt – Kraftfahrer unbehindert auf den Stadtring führen. Allein von der Westtangente wurden in Westberlin einige Teile gebaut. Im Zuge der vom Bund finanzierten Autobahn Berlin-Hamburg gab es das Erfordernis, eine Nordtangente vom Außenring zum Stadtring A 100 zu bauen. Proteste und Prozesse von Autobahnhasern und selbsternannten Umweltschützern verzögerten die vollständige Fertigstellung um einige Jahre bis 1987 – verhindert haben sie sie indessen nicht. Die Wiedervereinigung bot Gelegenheit, auf dem früheren Todesstreifen vom Autobahndreieck Neukölln eine Verbindung zum Flughafen BER und dem Außenring zu schaffen. Erstaunlicherweise konnte dieses Vorhaben von 1997 bis 2010 ohne große Proteste realisiert werden. Im Nordosten blieb die A 114 bislang unvollendet. Vom Dreieck Pankow aus endet sie irgendwo im Stadtgebiet und behindert so die in Richtung Prenzlau und Stettin Reisenden erheblich. Zu Zeiten der DDR

fehlte allerdings auch das Geld für einen Weiterbau. Im Zuge der notwendigen Vollendung des Stadtrings A 100 vom Wedding nach Pankow wäre dann ein Anschluß zur A 114 auszuführen. Vom BER führt noch ein kurzes Stummelstück vom Südosten Richtung Stadtgrenze. Diese



Stadtring: Weitsichtige Verkehrspolitik der SPD in den 50-ern

A 117 könnte eines Tages den Stadtteil Köpenick an den Außenring anschließen. Damit sind wir beim leidigen Thema Westtangente und den beiden Bundesautobahnen A 103 und A 104 angelangt. Die regierende SPD hatte in den 60er-Jahren zusätzlich zum Stadtring jeweils eine Nord-, Süd-, Ost- und Westtangente vorgesehen.

Die Stadtautobahn - Berliner Lebensart

Die geplanten A 105, A 106 und A 107 wurden nicht einmal begonnen und konnten es teilweise auch gar nicht, weil sie auch über Ostberlin führen sollten. Im Zuge der Zuwanderung linker und linksextemer Wehrdienstverweigerer, Weltverbesserer und Studenten formierten sich diverse Protestbewegungen, die jedem Mißvergnügten Platz und Gehör verschafften. Der Berliner Senat zeigte wenig Standhaftigkeit, weil er das Geschrei der Protestierer mit den Wünschen und Bedürfnissen der produktiven und Steuern zahlenden Bürger

verwechselte. Ein Teil der damals geplanten Weiterführung der A 103 in die Innenstadt wurde später mit dem Tiergartentunnel vom Landwehrkanal zum Hauptbahnhof doch noch realisiert. Fehlen tut hier allerdings eine leistungsfähige und kreuzungsfreie Verbindung vom Kreuz Schöne-

berg zur Tunneleinführung. Ich erinnere mich daran, daß die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Kreuzberg den Beschluß faßte, ihren Bezirk zur „Atomwaffenfreien Zone“ zu erklären. Von ähnlicher Relevanz ist der Beschluß der BVV Tempelhof-Schöneberg, die A 103 „zurückbauen“ zu wollen. Die Bundesautobahn ist, wie

der Name schon sagt, eine Bundesstraße und fällt daher gar nicht in die Entscheidungskompetenz der BVV. Auch die A 104 soll nach dem Willen der BVV Steglitz-Zehlendorf abgebaut werden. Die 1.384 Meter lange Strecke endet zurzeit in der Schildhornstraße und erreicht nicht den eigentlich beabsichtigten Anschluß an die A 103 an der Filandastraße. Sie hätte dann eine Länge von etwa 3 Kilometern. Der rot-rot-grüne Senat hat in seiner Koalitionsvereinbarung aber sogar einen schrittweisen Rückbau von A 103 und A 104 beschlossen. Dabei wäre eine unterirdische Weiterführung der A 104 bis zur Anschlußstelle Filandastraße notwendig, sinnvoll, machbar und auch finanzierbar. Wir sollten uns hier kompromißlos zu den Interessen der Autofahrer bekennen und eine Vollendung des Berliner Autobahnnetzes vorantreiben. Ich bin dafür, den Bauabschnitt 17 der BAB vom Treptower Park zur Frankfurter Allee und weiter zur Storkower Straße unverzüglich zu beginnen.

Dejan Senic



Straßenumbenennungen in Steglitz-Zehlendorf

Wer Grün wählt, bekommt nicht nur kalte Wohnungen (abgeschaltete Atomkraftwerke) und gesperrte Hauptverkehrsstraßen (Friedrichstraße), sondern auch einen Schwall von Straßenumbenennungen, weil es ganz dringend notwendig ist, unsere schreckliche Vergangenheit aufzuarbeiten. Nachdem in Berlin Wedding die Straßen des sogenannten Afrikanischen Viertels „gesäubert“ wurden, ist nun Berlin Zehlendorf dran. Auf der Agenda der neuen grünen Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg stehen im Bezirk die Moltkestraße, die Roonstraße der Hindenburgdamm, die Takustraße, die Iltisstraße, die Lansstraße, und der Kadettenweg – vorläufig, denn lokale „Historiker“ finden bestimmt noch andere belastete Namen. Der bereits umbenannt Maerkerweg soll nun Maria-Rimkus-Weg heißen. Durch die Klage eines Anwohners wurde erst mal nichts daraus. Das neue Straßenschild darf nicht angeschraubt werden.

Liebe Bürger aus Steglitz-Zehlendorf! Am 12. Februar kommenden Jahres haben Sie bereits nach einem Jahr Gelegenheit, die Leistungen unserer Bezirksbürgermeisterin zu beurteilen. Kennen Sie den Unterschied zwischen Deutschland und dem Rest Europas? Zwar gibt es in den meisten anderen europäischen Ländern auch grüne Parteien in den Par-



lamenten. In einigen sind sie sogar an den Regierungen beteiligt. Nur, zu sagen haben sie dort nichts oder wenig. Nehmen wir zum Beispiel Dänemark. Dort amtiert zwar eine sozialdemokratische Ministerpräsidentin. Im Parlament war sie auch auf die Unterstützung der Grünen angewiesen. Allerdings kam Frau Frederiksen den Forderungen nach einer Änderung des dortigen sehr konsequenten Ausländerrechts nicht nach. Lieber verließ sie sich im Parlament auf die Hilfe der bürgerlichen Opposition und der angeblich rechten Volkspartei. Sie sehen, liebe Steglitz-Zehlendorfer es geht doch: Schöner leben ohne grün. Nur in Steglitz-Zehlendorf, Berlin und Deutschland tanzt diese ehemalige Umweltschutz – und Friedenspartei den Sozialdemokraten auf der Nase herum. Neuerdings versucht auch die CDU, sich

inhaltlich den Grünen anzunähern. Was also dagegen unternehmen? Zeigen Sie den anderen Parteien, daß Sie es sich nicht bieten lassen, daß die Grünen bei einem Stimmenanteil von 20 % und weniger die Regierungspolitik bestimmen oder doch dominieren. Sie stimmen nicht mit allem überein, was die AfD fordert? Das macht nichts, wählen Sie uns trotzdem, um ihrer Wunschpartei dabei zu helfen, zu ihren programmatischen Wurzeln zurückzukehren, egal ob es konservative, soziale oder liberale Inhalte sind, die sie vertreten. Gerade die FDP zeigt auf Bundesebene, daß sie zurzeit bereit ist, jeden Unsinn von Baerbock, Habeck, Özdemir und Steffi Lemke mitzumachen.

Nicht überall, wo FDP draufsteht, ist auch FDP drin.

Andreas Wild

Neues von unserem „Karlchen“

Karl Lauterbachs Bilanz in Sachen Corona ist – na sagen wir mal milde – durchwachsen. Nun hat er ein neues Betätigungsfeld entdeckt. Er plädiert für genderkonforme Formulierungen auf Beipackzetteln von Arzneimitteln. Daß die große Mehrheit der Deutschen das ablehnt, ficht ihn nicht an.

Karl Lauterbach lebt in Berlin wie-



der allein. Die Tochter zog aus der gemeinsamen Wohnung aus. Der Minister meinte selbstkritisch, daß er kein einfacher Mitbewohner sei.

Karl Lauterbach erklärte im Oktober 2021: „Klar ist aber, dass die meisten Ungeimpften von heute bis dahin entweder geimpft, genesen oder leider verstorben sind ...“

Klaus Gröbig





Filmempfehlung „Luther“ (2003)

Martin Luther (1483-1546) ist eine der wichtigsten Persönlichkeiten der deutschen Geschichte. Er ist nicht nur der Stammvater des deutschen Protestantismus als

eigenständiger, christlicher Religionsgemeinschaft, sondern mit seiner Bibelübersetzung auch der Schöpfer der hochdeutschen Schriftsprache und er hat maßgeblich zur Begründung eines deutschen Nationalbewußtseins in Abgrenzung zum supranationalen, katholisch geprägten Reichsgedanken beigetragen. Diesem Mann widmet sich der hier empfohlene deutsch-amerikanische Spielfilm aus dem Jahre 2003. Er setzt mit Luthers Mönchsgelöbnis bei einem Unwetter im Sommer 1505 ein und führt durch die folgenden 25 Jahre in Luthers Leben bis zur Verlesung des protestantischen Augsburger Bekenntnisse auf dem Augsburger Reichstag im Sommer 1530. Finanziert wurde der Film von den US-amerikanischen Luthera-

nern. Man könnte einmal ein wenig darüber nachdenken, warum Amerikaner einen Film über ein Thema der deutschen Geschichte machen. Die deutschen evangelischen Amtskirchen wären hierzu wohl gar nicht in der Lage und denken bei Luther heute vor allem an dessen Antisemitismus. Da überläßt man es mangels eigenen Missionseifers schon lieber den Amis, einen Film über Luther zu machen. Herausgekommen ist dabei ein smarterer Film, der vor allem auf ein jüngeres Publikum zielt, und dieses angesichts seines kommerziellen Erfolges in Deutschland wie den USA wohl auch gefunden haben wird. Der Film ist für einen familiären Videoabend (FSK 12) uneingeschränkt zu empfehlen.

Herbert Hermann

Besser Pinkeln mit Links

Katina Schubert – Vorsitzende der Berliner LINKEN - erklärte zum Urteil des Landesverfassungsgerichtshofes sinngemäß, daß die Berliner nun Gelegenheit hätten, das was wirklich wichtig ist, bei der Wiederholungswahl zu würdigen. Genossin Katalin Gennburg klärt uns auf, was wichtig ist. Sie fragte daher im Abgeordnetenhaus nach der allgemeinen Lage bei den öffentlichen Toiletten in Berlin nach. 194 von 460 öffentliche Bedürfnisanstalten sind in Berlin kostenlos. Die Verteilung ist dabei ziemlich ungleich. Auch Frauen* werden benachteiligt. Ihr Resümee: Im Westen pinkelt's sich besser und Frauen würden benachteiligt. Für Gennburg ein Mißverhältnis. Männer haben ein Drittel mehr Toilettenangebote zur Verfügung. Auch die Verteilung auf die Bezirke sei ungerecht: Kostenlose Toiletten in den großen Ostbezirken Marzahn-Hellersdorf und Lich-

tenberg gäbe es kaum, dafür aber in Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf. Originale Formulierung Gennburg: „Penisträger*innen haben in Berlin ein Drittel mehr Toilettenangebote zur Verfügung und das ist auch noch komplett kostenfrei.“ Als Ronald Reagan in seiner historischen Rede Gorbatschow aufforderte, die Berliner Mauer einzureißen, hatte er die „Toilettenmauer zwischen Ost und West“ vergessen. Genossin Gennburg forderte vor nicht allzu langer Zeit, auf den Fundamenten des Bauabschnitts 16 der im Bau befindlichen Bundesautobahn 100 Wohnungen und Schwimmbäder errichten. Von ähnlicher Ernsthaftigkeit ist nun die Toilettenfrage. Wenn die Blase zu sehr drückt, stellt sich einfach an den Baum. Man sieht: Schon wieder sind Frauen benachteiligt.

Klaus Gröbig

Zwei die wissen, was ganz wichtig ist:



Katalin Gennburg und Katina Schubert



Frank-Christian Hansel Wer trägt den Staat?

In Deutschland leben aktuell knapp 83 Mio. Menschen. Etwas mehr als die Hälfte, 53 Prozent, geht einer Beschäftigung nach. Die anderen, etwas weniger als die Hälfte, werden vollständig getragen, die kleinen Kinder, die Schüler, Studenten, Arbeitslose, Erwerbsunfähige oder Rentner.

Von den insgesamt ca. 44 Mio. arbeitenden Einwohnern sind aber nur 27 Mio. Nettosteuerzahler. Das sind diejenigen, die mehr an Steuern und Abgaben zahlen, als sie an staatlichem Transfer selbst beziehen. Also an Transfers wie Kindergeld oder Wohngeld und Leistungen wie die Nutzung der Infrastruktur, Schulen, Hochschulen, Polizei, Bundeswehr und Verwaltung. Das bedeutet, daß nur dieses Drittel das ganze System trägt. Nur dieses Drittel erzeugt für die Gemeinschaft ein positives Saldo. 27 Mio. Menschen müssen 68 Mio. Menschen mittragen. Und sie tun das auch solidarisch.

Von den 27 Mio. Produktiven sind aber wiederum rund 12 Mio. direkt oder indirekt vom Staat abhängig. Das sind die Staatsbediensteten, Lehrer, Professoren, Richter, Staatsanwälte, Politiker, Polizisten, Soldaten, Verwaltungsbeamte und -angestellte. Diese werden also auch wieder von den Steuern und Abgaben der restlichen 15 Mio. bezahlt. Denn alles Geld, das der Staat ausgibt, muß er zunächst bei den 15 Mio. an Steuern kassieren. Würden diese 15 Mio. wegfallen, wäre gar kein Geld da, die Staatsbediensteten zu bezahlen. Entscheidend sind also diese 15 Mio. nicht vom Staat abhängigen Nettosteuerzahler.

Konzentrieren wir uns also auf die 15 Mio. in der Wirtschaft arbeitenden Nettosteuerzahler, die den Karren primär ziehen. Etwa die Hälfte von diesen 15 Mio. – rund 8 Mio. – ist unter 45 Jahre. Diese 8 Mio. sind langfristig

entscheidend, weil die über 45-Jährigen im Laufe der nächsten 20 Jahre allmählich ins Lager derjenigen wechseln, die zu 100 Prozent getragen werden müssen.

Die 8 Mio. jüngeren Nettosteuerzahler sind diejenigen, die zugleich gute Chancen haben, in interessante Länder auszuwandern, welche fast nur qualifizierte junge Menschen immigrieren lassen. An diesen 8 Mio. besonders Talentierten und Tüchtigen hängt zukünftig im Grunde alles. Die komplette Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die Steuereinnahmen, um den ganzen Verwaltungsapparat, um Polizei und



Militär, Schul- und Hochschulwesen, Gerichtswesen, Infrastruktur usw. finanzieren zu können. Vor allem aber, um die gigantischen Sozialtransfers an die unteren zwei Drittel der Bevölkerung zu bewerkstelligen. Insbesondere 918 Milliarden Euro für die Sozialausgaben, der größte Posten im Etat.

Doch die allein seit 2015 zu uns gekommenen Flüchtlinge drohen, das System zum Kollabieren zu bringen. Die 15 Mio. in der Wirtschaft tätigen Nettosteuerzahler sollen nur für diese 1 Mio. Flüchtlinge, die seit 2015 nach Deutschland immigriert sind, mindestens 100 Milliarden Euro zusätzlich

erwirtschaften. Denn so viel fällt allein bis 2020 für diese Flüchtlinge zusätzlich an. Da sind all die Immigranten, die in diesem Jahr und in den nächsten Jahren noch hinzukommen, noch nicht einmal mit eingerechnet. Und der Familiennachzug, der ja kommt, schon gar nicht.

Ein Immigrant verursacht einen Aufwand von mehreren Tausend Euro pro Jahr. Im Durchschnitt. Seriöse Schätzungen gehen teilweise schon davon aus, dass ein Flüchtling vom Zeitpunkt seiner Einreise bis zu seinem Lebensende das deutsche Sozialsystem 400 bis 500.000 Euro kosten wird. Nicht die Extremfälle, nur der Durchschnitt.

Dies wird aber fast ausschließlich von den 15 Mio. Nettosteuerzahlern in der freien Wirtschaft bezahlt. Das ist nur jeder fünfte Bürger. Und das Verhältnis derer, die tragen zu denen, die ganz oder teilweise getragen werden müssen, wird mit zunehmender Einwanderung von gering Qualifizierten und Abwanderung von hoch Qualifizierten immer schlechter.

Bereits jetzt wandern jedes Jahr netto rund 80.000 der jungen, besonders Tüchtigen aus Deutschland ab. 80.000 von 8 Mio. sind aber 1 Prozent pro Jahr. In zwanzig Jahren zwanzig Prozent, sofern diese Quote nicht noch steigen wird, wovon leider auszugehen ist. Also die Zustände werden sich von Jahr zu Jahr verschlechtern.

In spätestens 25 Jahren hat demnach ein Viertel der Leistungsträger das Land verlassen, sofern sich dieser Kurs jetzt nicht noch beschleunigt. Gleichzeitig wird sich die Anzahl derer, die nicht sehr produktiv sind oder sogar vollständig getragen werden müssen immer weiter erhöhen, selbst ohne Massenmigration von Unqualifizierten. Und diese verstärkt das Problem aber nochmal drastisch.



Aus! Das Spiel ist Aus! Deutschland ist Weltmeister! Das war 1954. Heute ist Deutschland Haltungsweltmeister.

Jeder kennt das Motto der drei Affen, „nichts hören, nichts sehen, nichts sagen“. Blickt man auf das Auftaktspiel der deutschen Nationalmannschaft bei der letzten Fußballweltmeisterschaft zurück, so haben die deutschen Spieler dort mit ihrem Auftritt vor Spielbeginn überzeugend den dritten Affen gegeben. Sie haben damit zugleich überzeugend ihr Engagement für Homosexualität, Propagierung homosexueller Handlungen und damit vermeintlich für die „westlichen Werte“ insgesamt unter Beweis gestellt. Allerdings ist Ziel und Zweck einer Weltmeisterschaft weniger das „Zeigen von Haltung“ oder die Verteidigung irgendwelcher Werte als vielmehr das Erbringen sportlicher Leistungen. Diese sind im übrigen wertfrei, nicht an irgendwelchen mehr oder weniger moralischen Vorstellungen oder ideologischen Wertungen, nur am Ziel des sportlichen Erfolges orientiert zu erbringen.

Diesem sportlichen Ziel sind der Deutsche Fußballbund und seine Mannschaft nicht einmal ansatzweise gerecht geworden. Deutschland ist so zwar möglicherweise Weltmeister in den (nicht ausgetragenen) Disziplinen

„Haltung zeigen“ oder „Werte verteidigen“ geworden, im Fußball allerdings in der Vorrunde verdient ausgeschieden.

Im übrigen war es auch eine besondere sportliche Nichtleistung, weil dem sportlichen Gedanken der Völkerverständigung widersprechend, als Gast der WM dem Gastgeberland die eigen-



nen, denen des Gastgeberlandes völlig widersprechende Moral- und Wertvorstellungen aufzwingen zu wollen. Allgemein ist es doch so üblich, daß Gäste weitgehend die Vorstellungen eines Gastgebers akzeptieren oder zumindest auf diese Rücksicht nehmen. Hinzu kommt, daß die westlichen Vorstellungen zur Homosexualität, durchaus unterschiedlich sind. Selbst wenn dem aber nicht so wäre, stünden neben der westlichen Sicht immer noch prinzipiell gleichberechtigte andere Sichtwei-

sen, wie zum Beispiel die muslimische.

Aber als letztes sei noch darauf hingewiesen, daß die Grund- und Menschenrechte weitaus mehr beinhalten als Freiheit für homosexuelle Handlungen und deren Propagierung. Man denke nur an das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Eigentum und Unversehrtheit der eigenen Wohnung und nicht zuletzt auf Freiheit der Meinungsäußerung. Ob eine Gesellschaft wirklich frei ist, erkennt man u. a. daran, daß es eine Vielfalt der Meinungen gibt und daß es die Freiheit gibt, eine abverlangte Meinungsäußerung zu verweigern. Das

sollte sich vor allem die Elf mit ihrer Affengeste einmal vor Augen führen. Im Grunde beginnen persönlicher Mut und Zivilcourage erst dort, wo man sich traut, derartige Ansinnen abzulehnen. Aber spätestens seit Joshua Kimmigs Einknicken in Sachen Corona-Impfung wissen wir, daß es mit dieser Art Mut bei unseren Fußballhelden nicht weit her ist. Also sind sie völlig zu recht in der Vorrunde ausgeschieden.

Matthias Bath

Carli Unterberg von der BILD Zeitung schrieb, daß das Tragen der „One Love“-Binde die Niederlage gegen Japan (möglicherweise) hätte abwenden können.

Nachdem die FIFA das Tragen der „One Love“-Binde unterbunden hatte, setzte sich die angereiste Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit dem genannten Zeichen auf die Tribüne – vermutlich um die Gastgeber

zu provozieren: „Mir ist das wichtig, hier vor Ort zu sein, weil ich als Sportministerin die Verantwortung trage. Der grüne Vizkanzler Robert Habeck ließ sich nicht lumpen und steuerte die Wortspenden „Jetzt muß sie (die Armbinde) jeder tragen“ und „Die Fifa macht unseren Fußball kaputt“ bei. Später kam heraus, daß offenbar nur Manuel Neuer und Leon Goretzka bindenbegeistert waren. Goretzka war zuvor weniger durch spielerische

als durch politische „Haltungsleistungen“ aufgefallen.

Auch der Ex-SPD Politiker und jetzige DFB-Chef Bernd Neuendorf soll an der Politisierung der deutschen Nationalmannschaft seinen Anteil haben. Zuvor hatte 2015 der Manager der Nationalmannschaft, Oliver Bierhoff, das Polit-Marketingprodukt „Die Mannschaft“ kreiert.

Klaus Gröbig

